Nummer 174 — Halle, Mittwoch, den 28. Juli 1926. — 67. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Botenlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühren. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Raum-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Umfang in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonders Ermäßigung. Verlagsort: Halle, Promenade 14 a. d. Oe., Domplatzstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halleſaale". Bank-Konto: Deutsche Reichsbank Girokasse, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die produktive Erwerbslosenhilfe des Reiches stehen vor ihrem Abschluß. Die Einzelheiten der Begebung der Anleihe sollen in einer für Mitte bzw. Ende der Woche vorgesehenen Konferenz der Großbanken beim Reichsfinanzminister zur abschließenden Erledigung gebracht werden. Inzwischen nimmt die Zahl der Arbeitslosen immer weiter zu. Berlin hat innerhalb eines Monats 13 000 neue Erwerbslose.

*

Wie amtlich mitgeteilt wird, genehmigt der preußische Minister für Volkswohlfahrt gemäß § 17 des Reichsheimstättengesetzes vom 18. Mai 1920 nunmehr allgemein, daß auf Reichsheimstätten auch Hauszinssteuer-Hypotheken in das Grundbuch eingetragen werden.

*

Das Reichsgericht in Leipzig verurteilte den Kraftwagenführer Stelter aus Bochum und den früheren Reichswehrsoldaten Heinrich Lösken aus Duisburg wegen Verrats militärischer Geheimnisse und fortgesetzter Spionage für Belgien zu je 5 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

*

Der neuernannte Gesandte des Deutschen Reiches in Wien, Graf Lerchenfeld, überreichte gestern mittag dem österreichischen Bundespräsidenten Hainisch sein Beglaubigungsschreiben.

*

Wie die Prager „Bohemia" aus Wien meldet, sollen in den nächsten Tagen Besprechungen zwischen den italienischen, südslawischen, tschechoslowakischen und österreichischen Staatsbahnen in Wien stattfinden, um die provisorischen Verfügungen zur Milderung des Konkurrenzkampfes zwischen Hamburg und Triest durch Tarifverfügungen zu ersetzen. Später soll dann mit der deutschen Reichsbahn verhandelt werden.

*

Der Landesrat des Saargebiets nahm einmütig gegen die neuen Steuervorlagen der Regierungskommission, die die Erhöhung der Umsatzsteuer, der Stempelsteuer und der indirekten Steuern vorsehen, Stellung. Von einem Vertreter des Zentrums wurden die im Saargebiet erhobenen Steuern als die höchsten der Welt bezeichnet. Die Handwerkerkammer fordert die Umstellung auf Goldmarkbasis im Saargebiet und ausreichende und billige Papierfrankenkredite, die Lösung der Zollfrage und die Verringerung der Steuerlasten.

*

Der holländische „Courant" meldet aus Paris: Die alliierten Regierungen haben die weitere Entscheidung über die deutschen Entwaffnungsverstöße wieder dem Botschafterrat übertragen, der am Freitag zusammentritt. Der Botschafterrat hat den Chef der Interalliierten Militärkommission, General Walch, zum persönlichen Bericht vorgeladen.

*

Der holländische „Courant" meldet aus Finnland: Bei in Helsingfors verhafteten Mitgliedern der russischen Handelsvertretung wurden belastende Schriftstücke beschlagnahmt, die der Vorbereitung eines Umsturzes der Staatsverfassung im Sowjetsinne gelten sollten. Die Verhafteten sind sofort über die Grenze zurückgebracht worden.

*

Der Mailänder „Corriere della Sera" meldet aus Madrid: Unruhebewegungen im spanischen Offizierkorps haben zu neuen Verhaftungen von Offizieren geführt. In Barzelona sind neue Truppentransporte nach Marokko abgegangen, was zu größter innerpolitischer Beunruhigung geführt hat.

*

In Bulgarien erfolgte der Zusammenschluß der sozialistischen Gewerkschaften mit den kommunistischen, die sich zuletzt Unabhängige Gewerkschaften nannten.

*

Als der amerikanische Gesandte Culbertson auf einer Reise nach Bessarabien in Cetates Alba in Hemdsärmeln den Zug verließ, da er wegen der großen Hitze den Rock ausgezogen hatte, wurde er von einem rumänischen Hauptmann wegen seiner „ungebührlichen" Kleidung angerempelt. Bei dem Wortwechsel soll der Hauptmann dem Gesandten ins Gesicht geschlagen haben.

*

Der Mailänder „Secolo" meldet aus Smyrna: Acht der verhafteten politischen Gegner des türkischen Staatspräsidenten Mustafa Kemal Pascha sind aus dem Untersuchungsgefängnis entwichen. Die Polizei arbeitet fieberhaft an der Verfolgung der Flüchtigen, die eine Gefahr für das türkische Regime darstellen werden, wenn sie rechtzeitig ins Ausland entkommen.

Wer ist schuld am Kriege?

Bedeutsame Erklärung eines amerikanischen Gelehrten.

Auf Einladung des Arbeitsausschusses deutscher Verbände sprach gestern abend der amerikanische Professor Barnes in der neuen Aula der Berliner Universität über die Kriegsschuldfrage. Er betonte, daß das Jahr 1912 einen Wendepunkt darstelle.

Iswolski und Poincaré hätten von da ab Hand in Hand auf die Entfesselung des europäischen Krieges hingearbeitet. Die Mitschuld des serbischen Generalstabes bei dem Morde in Serajewo sei einwandfrei festgestellt. Rußland habe ganz Europa vorteilig in den Krieg gestürzt. Politisch und diplomatisch sei kein Grund für die Entfesselung des Weltbrandes vorhanden gewesen. In der Nacht des 31. Juli habe sich auch Frankreich bereits für den Krieg entschieden. Die Pläne von Frankreich und Rußland seien einmütig auf einen europäischen Krieg hinausgegangen.

Belgien habe mit den englischen Kriegsbefürchtungen nichts zu tun gehabt. Es sei lediglich ein Vorwand für die englische Diplomatie gewesen. Amerika habe nie die europäische Lage klar übersehen können. Wolle man eine Skala der Kriegsschuld aufstellen, so falle

die einzige und direkte Verantwortung für den Weltkrieg Frankreich und Rußland

zu. In weitem Abstande käme Oesterreich, das nur einen lokalen, keinen Weltkrieg wollte. An letzter Stelle stände Deutschland. Der deutsche Kaiser habe sich bis zuletzt bemüht, den Krieg zu vermeiden.

Zum Schluß erklärte Prof. Barnes, daß der berüchtigte Schuldparagraph im Versailler Vertrag ohne jede Grundlage wäre. Die klare, wissenschaftliche Erkenntnis der Kriegsschuldfrage verlangt eine Zurückweisung aller Maßnahmen des Versailler Vertrages, die auf jenem Schuldparagraphen basieren.

Es fängt gut an!

Der Pariser „Herald" meldet aus Mainz: Der neuernannte Oberkommandierende der Rheinarmee, General Guillaumat, ist wieder hier eingetroffen. Der General hielt eine Ansprache an das Offizierkorps, in der er sagte, Frankreichs Trauer um die Opfer des Weltkrieges sei heute größer als je, weil Leichtfertigkeit und Dilletantismus versucht haben, Frankreich um die Früchte seines Sieges, um die Sicherungen des Versailler Vertrags zu bringen. — Poincarésgeist statt Locarnogeist!

Laut dem Pariser „Journal" hat Poincaré in der Besprechung mit den Fraktionsführern die Erklärung abgegeben, er werde nichts gegen die Locarnopolitik unternehmen, aber auch nicht über sie hinausgehen. Er sehe in dem Locarnovertrag die erfreuliche Fortsetzung des Vertrags von Versailles. — Dann kann man sich ja auf sehr erstaunliche „Auslegungen" des Locarnovertrages gefaßt machen, denn unsere Locarnoanhänger predigten uns doch, es wäre ein Fortschritt gegenüber Versailles.

*

Das französische Kriegsgericht in Trier verurteilte den Führer der freiwilligen Feuerwehr von Berncastel zu 150 M. und den der freiwilligen Feuerwehr von Ehrang zu 200 M. Geldstrafe, weil sie bei einem kürzlich veranstalteten Umzug die Trommler und Pfeifer spielend durch die Stadt hatten ziehen lassen!

Der Locarnogeist ist erledigt.

Die „Daily Mail" hetzt wieder.

Die größte Londoner Zeitung, die Londoner „Daily Mail" setzt ihren 1¾ Millionen Lesern folgenden Bericht aus Belgien vor:

„Zum ersten Male seit dem Kriege sind die Deutschen nach Belgien in Massen gekommen, um dort ihre Ferien zu verbringen. Ihre Dummheit und Unverschämtheit bereitet ihnen Unannehmlichkeiten. In Blankenberghe, an der Küste, wo sich 3000 Deutsche aufhalten sollen, ereignen sich täglich Zwischenfälle zwischen ihnen und den Belgiern, die die Tage der Besetzung noch nicht vergessen haben. Die Weigerung, die belgische Nationalhymne zu respektieren, Streitigkeiten in den Restaurants über die Bezahlung der Luxussteuer und die Nichtbeachtung der gewöhnlichen Anstandsregeln haben Prügeleien verursacht, bei denen die Deutschen unabänderlich den kürzeren zogen.

Auch beschränken sie ihre Hetzbezeugungen keineswegs auf die Belgier. Einer von ihnen saß auf einer Café-Terrasse in der Nähe eines Engländers; er lauste eine englische Zeitung, warf sie auf den Boden und putzte seine Stiefel darau ab. Er wird es wahrscheinlich nicht in der Oeffentlichkeit wiederholen, denn der Engländer achtete nicht auf die Konvention und gab der „Kultur" eine tüchtige Tracht Prügel."

—Was hat doch der englische Außenminister Chamberlain laut „Morningpost" zu Poincarés Rückkehr gesagt?: „Daß Großbritannien die Wiederkehr dieses Urhebers der englisch-französischen Blutsfreundschaft, dieses hervorragenden Politikers und Freundes nach jeder Hinsicht willkommen heiße" (Vergl. gestrigen Bericht). Man muß sich nur einmal klar machen, was diese Mahnung an die Kriegszeit bedeutet! Denn heute weiß alle Welt, daß Poincaré der Hauptur heber des Krieges ist und Chamberlain gibt es ja durch den Ausdruck „Urheber der Blutsfreundschaft" ausdrücklich zu. Trotzdem reicht er ihm frei und herzlich die Freundeshand! Der Locarnogeist ist erledigt, der Kriegshaß und der Geist von Versailles sind wieder obenauf!

Der Freiheitskampf der Elsässer.

Heil Schlettstadt!

Wie aus Straßburg gemeldet wird, hat der Gemeinderat von Schlettstadt auf Vorschlag des Beigeordneten beim Bürgermeisteramt beschlossen, die Straßen der Stadt, die die Namen Turenne, Joffre, Foch, General Castelnau, Gouraud, Gallieni tragen, umzubenennen. Gleichzeitig werden verschiedene Benennungen, wie Rue du 17 Novembre (Einzug der französischen Truppen in Schlettstadt), Rue de Verdun, Thiers, Gambetta und Deroulède verschwinden. An ihre Stelle sollen neutrale Bezeichnungen treten, die nicht an den letzten Krieg erinnern.

Wie entsetzt die Pariser über diesen kühnen Protest der Schlettstädter gegen die französische Fremdherrschaft sind, ergeben folgende Meldungen:

Wie die Pariser „Temps" berichtet, soll die Mehrheit der Schlettstädter Bevölkerung diesen Beschluß „mit Entsetzen" vernommen haben. Nach dem „Matin" sollen die „patriotischen Vereine" beschlossen haben, eine Protestkundgebung zu veranstalten.

— Wie die „Mehrheiten" und „patriotischen Vereine" aussehen, die Frankreich zu seinen Gunsten in Elsaß-Lothringen konstruiert, das weiß man längst: es ist zu 90 Prozent bezahltes Gesindel und zu 10 Prozent Angstmeier und Stellenjäger. Aber begreifen kann man es, daß die Franzosen sich aufregen über die Feindschaft der Elsässer, denn sie wird die Lüge von Versailles offenbar machen, daß das Land dem Herzen und Blute nach französisch und nicht deutsch sei.

Das Manifest des Heimatbundes.

In dem Manifest, das der Heimatbund für Elsaß-Lothringen jetzt verteilen läßt, heißt es nach einer Depesche des „Journal" aus Straßburg a. a.:

Elsaß-Lothringen den Elsässern und Lothringern! Andernfalls würden wir nur noch als Fremde in unserem eigenen Lande betrachtet werden. Unsere Sprache, unser Geist, unsere Gewohnheiten und selbst unsere Architektur beweisen die große Verschiedenheit zwischen dem französischen und dem elsaß-lothringischen Volke.

Der belgische Ministerrat beschloß, dem König eine Verfügung zu unterbreiten, durch die die Aufenthaltsgebühr für fremde Staatsangehörige, mit Ausnahme derjenigen aus Ländern mit entwerteter Währung, erhöht wird. Ferner wird darin eine Tagesgebühr für den Verkehr ausländischer Kraftwagen festgesetzt und Bestimmung getroffen über die Reorganisation und Verstärkung der Devisenkontrolle.

*

Der belgische Staatsanzeiger veröffentlicht eine Reihe von Erlassen, darunter Schließung der Gaststätten um 1 Uhr nachts; die Regelung der Kohlenausfuhr, die dem Arbeitsminister überlassen werden soll; es sollen auch Höchstpreise für die Verkäufe im Innern festgesetzt werden. Die Erlasse sehen weiter einen Kostenaufschlag für Hotelrechnungen vor, ferner das Verbot zwischen 2,30 und 6,30 Uhr nachmittags Mahlzeiten zu verabreichen.

Europa gegen Amerika.

Aus Washington wird gemeldet:

Der amerikanische Senator Johnson erklärte hier über das Verhältnis Amerikas zu Europa:

Europa ist sich nur in einem Punkte einig, nämlich in dem Haß gegen Amerika, das es als den Paria unter den Völkern und als „Shylock" bezeichnet, der von allen verachtet werde.

Der einzige Grund hierfür sei offenbar der, daß Amerika den Versuch macht, einen Teil, und zwar nur einen kleinen Teil, der Schuldverschreibungen einzulösen, welche von den europäischen Staaten Amerika gegeben worden sind. Senator Johnson wies auf die Angriffe der englischen, französischen und italienischen Presse gegen Amerika und darauf hin, daß gutgekleidete Franzosen von Paris die Amerikaner auszischen, belästigen und verprügeln, und führte weiter aus:

Trotz des Hasses gegen Amerika ist ein Teil der Bürgerschaft der Vereinigten Staaten so blind, schwach und matt, daß man die Aufnahme des gehaßten Gläubigers in den Weltgerichtshof, der von den hassenden Schuldnerstaaten geleitet wird, befürwortet. Aus verschiedenen Quellen meldet man uns dabei ,daß keine große Nation Europas unsere Vorbehalte zum Beitritt zum Weltgerichtshof annehmen wird. Johnson fordert schließlich, Amerika möge das Aufnahmegesuch zum Weltgerichtshof unverzüglich zurückziehen.

*

Die „Neuyorker Herald an Tribune" meldet, daß Präsident Coolidge sehr eingehend die Nachrichten aus den europäischen Hauptstädten verfolgt, die sich mit Kundgebungen gegen Amerikaner und mit der Schuldenfrage beschäftigen. Doch liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, daß Coolidge irgendwelche Absichten besonderer Art hat.

Kohlendebatte in England.

Beide Häuser des englischen Parlamentes erörterten gestern die Lage in der Kohlenindustrie. Im Unterhause erklärte Lloyd George (Liberal): Gegenwärtig verliert das Land wöchentlich 15 bis 20 Millionen Pfund (300 bis 400 Millionen Mark!). Eine Erneuerung der staatlichen Unterstützung würde nicht einmal sovie ausmachen, wie während einer Woche verloren geht. Baldwin lehnte den Gedanken einer Erneuerung der Unterstützung ab und trat für schiedsgerichtliche Entscheidung ein. Er fügte hinzu: Wenn die Parteien zusammenkämen, um zu verhandeln oder einen Schiedsspruch herbeizuführen, dann würde die Regierung alles tun, was in ihrer Macht steht. Sie kann aber nicht auf gesetzgeberischem Wege eine Regelung erzwingen.

Der Führer der Arbeiterpartei Mac Donald bezeichnete Baldwins Rede als durchaus unbefriedigend und sagte: Baldwin müsse wissen, daß sowohl die Arbeitgeber als auch die Bergleute es ablehnten, einen Schiedsspruch anzunehmen.

Im Oberhause gab Lord Cecil namens der Regierung eine ähnliche Erklärung ab wie Baldwin im Unterhause.

*

Nachdem die Debatte über die Lage in der Kohlenindustrie durch den Minister für Bergbau geschlossen worden war, wurde ein Antrag Lloyd Georges, das Gehalt des Ministers herabzusetzen, mit 338 gegen 152 Stimmen abgelehnt.

Die englischen Seeleute sind aus dem Internationalen Transportarbeiterverband ausgetreten, da er mehr politischen als gewerkschaftlichen Charakter trage und da der Sekretär des Verbandes Edo Fimmen ohne ausdrückliche Anweisung Anordnungen erlasse.

Die Londoner Arbeiterzeitung „Daily News" meldet: Der angekündigte Vorstoß der Arbeiterpartei gegen das Kabinett bedeutet auch die Wiederaufrollung der Frage der Kriegsursachen. Henderson hat in Manchester in entschiedener Weise die Vorlegung der Vorkriegsgeheimakten gefordert, wofür die Arbeiterpartei im Unterhaus sorgen würde.

*

Erwerbslosenunterstützung für Engländer in Deutschland.

In einem Runderlaß des Preußischen Volkswohlfahrtsministers wird ein Schreiben des Reichsarbeitsministers wiedergegeben, in dem auf Grund des § 6 Abs. 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 und des Art. 3 der Ausführungsvorschriften hierzu vom 2. Mai 1925 bestimmt wird, daß britischen Untertanen im Deutschen Reiche die Erwerbslosenfürsorge unter den gleichen Voraussetzungen und im gleichen Umfange zu gewähren ist wie deutschen Reichsangehörigen. Wie aus dem Erlaß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260728018/fragment/page=0001

hervorgeht, sind die Leistungen, die die Arbeitslosenversicherung in Großbritannien den Deutschen gewährt, als gleichwertig mit denen der deutschen Erwerbslosenfürsorge anzusehen, so daß die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

Französische Kundgebungen gegen die Engländer.

Den Londoner Blättern zufolge kam es gestern in St. Malo zu einer feindseligen Kundgebung einer französischen Volksmenge gegen englische Ausflügler. Als letztere sich an Bord ihres Schiffes zurückbegeben hatten, wurde das Schiff mit Steinen beworfen, wobei eine Dame verletzt wurde.

Englische Kolonialsorgen.

Der Londoner **„Daily Telegraph"** meldet aus Montreal: Die kanadische Regierung hat die Auflösung des Wirtschaftsbundes für die Herbeiführung des Anschlusses Kanadas an die Vereinigten Staaten ausgesprochen. Der Oberste kanadische Gerichtshof hat entschieden, daß diese Bestrebungen als Hochverrat anzusehen sind.

— Wenn man schon mit so schwerem Geschütz wie Vorwurf des Hochverrats durch den Obersten Gerichtshof vorgeht, muß die Anschlußgefahr recht groß sein.

*

Zwischen dem Premierminister der südafrikanischen Union, General Hertzog, und dem Vertreter der holländisch-indischen Kolonien hat ein Briefwechsel stattgefunden, wonach die Beziehungen zwischen diesen Ländern enger gestaltet werden sollen. In der nächsten Zeit soll eine Kommission nach Niederländisch-Indien gesandt werden sollen. In der nächsten Zeit soll eine seitigen Handels und die Einrichtung weiterer Schiffahrtslinien zu verhandeln. — Die Annäherung ist ein weiteres interessantes Anzeichen für die Ablehr von England und Selbständigmachung Südafrikas. Die holländische Abstammung der Buren kommt wieder zum Durchbruch.

Religionskrieg in Mexiko.

Nach einer Meldung aus Stadt Mexiko hat der Präsident Calles den Religionsunterricht verboten. Der Erzbischof von Mexiko und ein Bischof wurden verhaftet, da sie auf die mexikanischen Katholiken eingewirkt hätten, einen wirtschaftlichen Druck auszuüben, um die Regierung zu veranlassen, die neuen, am 1. August in Kraft tretenden Kirchengesetze abzuändern. Möglicherweise müssen Truppen zur Durchführung der Gesetze verwandt werden.

In einem Hirtenbrief, den alle mexikanischen Erzbischöfe unterzeichneten, wird als Gegenmaßnahme gegen die neue Kirchengesetzgebung die Einstellung des katholischen Gottesdienstes und das Fernbleiben der Priester von sämtlichen Kirchen bis zum 31. Juli verfügt.

Das Ministerium des Innern hat eine Untersuchung über den Hirtenbrief angeordnet. In dem Briefe hieß es, es würden Anstrengungen unternommen werden, eine Abänderung der religionsfeindlichen Bestimmungen der Verfassung herbeizuführen. Es ist die Absicht des Ministeriums des Innern, festzustellen, ob der Hirtenbrief eine Verletzung der Verfassung darstellt. Präsident Calles sagt den Mißerfolg des vom Nationalverband zum Schutze der religiösen Freiheit geplanten wirtschaftlichen Boykotts gegen Mexiko voraus, und erklärt, die Regierung werde darüber entscheiden, ob eine derartige Propaganda aufrührerischen Charakter trage.

Präsident Calles hat auf eine Anfrage der Neuyorker Associated Preß über die Lage in Mexiko mit einem Telegramm geantwortet, in dem er erklärt, die im Umlauf befindlichen Gerüchte über das Bevorstehen einer Revolution in Mexiko seien gänzlich unbegründet. Die Lage sei normal mit Ausnahme einiger weniger kleiner Zwischenfälle, die von politischen Reaktionären unter der Maske des Katholizismus herbeigeführt worden seien.

Die Aufgaben der Rechtspflege.

Erklärungen des Reichsjustizministers.

Der neue Reichsjustizminister gab Pressevertretern gegenüber u. a. folgende Erklärungen ab:

Die leidenschaftlichen Erörterungen, die in den Parlamenten und in der breiten Oeffentlichkeit über die Handhabung der Strafjustiz, insbesondere der politischen Prozesse, stattgefunden haben, bilden für die Reichsjustizverwaltung einen Gegenstand gespannter Aufmerksamkeit und ernster Sorge. Die immer wieder vorgebrachten Klagen gehen dahin, daß die deutschen Richter in politischen Prozessen nicht mit dem gleichen Maße messen. Ich halte solche Vorwürfe in dieser Verallgemeinerung für unbegründet. Schon in meiner Eigenschaft als Abgeordneter und als langjähriges Mitglied des Rechtsausschusses habe auch ich freilich Gelegenheit gehabt, einzelne richterliche Fehlurteile kennen zu lernen und sie mit der sachlichen Schärfe vor der Oeffentlichkeit zu kennzeichnen, die solchen Entgleisungen gegenüber geboten ist. Es wäre aber gegenüber der Gesamtheit des Richterstandes ein schweres Unrecht, wenn man diese Einzelerscheinungen verallgemeinern wollte.

Es ist selbstverständlich, daß der Richter, der dazu berufen ist, das Recht des Staates in aller Oeffentlichkeit zu handhaben, vor anderen verpflichtet ist, den Staat, dessen Recht er spricht, anzuerkennen wie er ist. Mit dieser Verpflichtung des Richters zu verfassungstreuer Amtsführung ist andererseits ebenso selbstverständlich ein Gewissenszwang nicht verbunden; auch der Richter hat das Recht der freien Meinungsäußerung innerhalb der durch die Verfassung und seine besonderen Standespflichten gezogenen Grenzen. Darüber hinaus steht der Richter in seinem Amt unter dem besonderen Schutz der Verfassung, die die Unabhängigkeit seines Amtes gewährleistet.

Diese richterliche Unabhängigkeit ist ein feststehender Grundsatz unseres Rechtsstaates, an dem nicht gerüttelt werden darf. Es wird meine besondere Aufgabe sein, an der Lösung der Vertrauenskrise, in der die deutsche Richterschaft im Augenblick steht, nach besten Kräften mitzuarbeiten und dafür zu sorgen, daß dem Staate gegeben wird, was des Staates ist, daß aber auch dem Richter nicht genommen wird, was des Richters ist. Dabei handelt es sich um eine Lebensfrage unserer deutschen Justiz.

Die Angriffe gegen die Rechtsprechung haben übrigens in vielen Fällen ihren Grund nicht in der Art der Anwendung des Gesetzes, sondern im Gesetz selbst. Das gilt besonders für das Strafrecht. Das geltende Strafgesetzbuch stammt aus dem Jahre 1871. Daß es in vieler Hinsicht erneuerungsbedürftig ist, steht fest. Die Strafrechtsreform ist in vollem Gange. Es ist Ihnen bekannt, daß der Entwurf zur Zeit dem Reichstat vorliegt. Im Oktober werden die Beratungen der beteiligten Ausschüsse des Reichstags beginnen. Die Reichsregierung wird alles tun, was in ihren Kräften steht, um einen schnellen Fortgang der Arbeiten zu gewährleisten.

Im Rahmen der Gesamtreform wird sich auch die Gelegenheit finden, die Frage des Ehrenschutzes und seiner Verbesserung von Grund auf in Angriff zu nehmen. Dabei wird zu prüfen sein, ob nicht auch auf dem Boden des bürgerlichen Rechts die Abhilfe der bestehenden Mängel erreicht werden kann.

Mit der Reform des materiellen Strafrechts ist eine Revision des Strafprozeßrechts untrennbar verbunden. Das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch wird die erforderlichen Aenderungen bringen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Neuregelung der Untersuchungshaft. Es ist anzunehmen, daß der Reichstag sich mit einem Ausschnitt aus diesem Problem schon vor der allgemeinen Reform beschäftigen wird; es handelt sich dabei um die Einführung einer mündlichen Verhandlung über die Aufhebung oder Aufrechterhaltung des Haftbefehls.

Noch wichtiger fast ist die Ergänzung des materiellen Strafrechts durch ein Strafvollzugsgesetz, dessen Aufgabe muß es sein, den Besserungsgedanken stark herauszuarbeiten und so aus dem Gefangenen ein nützliches Mitglied der Gesellschaft zu machen. Dem dient in erster Linie die gesetzliche Festlegung des Stufenstrafvollzugs.

Mit besonderer Freude möchte ich feststellen, daß die Mitarbeit Oesterreichs an der Strafrechtsreform nicht gefehlt hat. Die Beteiligung Oesterreichs an der Gestaltung des neuen Strafrechts wird auch im weiteren Verlauf der Reform sichergestellt bleiben.

Von anderen Arbeiten, die das Ministerium beschäftigen, will ich den bedeutsamen Gesetzentwurf über die Rechtsstellung der unehelichen Kinder erwähnen, der dem Reichsrat vorliegt, und das Gesetz über den Vergleich zur Anwendung des Konkurses, die sogenannte Vergleichsordnung, die bereits dem Rechtsausschusse des Reichstages überwiesen ist. Ich erwähne ferner die vielumstrittene Frage der Einführung eines Registerpfandrechts und das politisch wichtige Auslieferungsgesetz, endlich die großen Fragen, die mit der bereits weit vorgeschrittenen Zivilprozeßreform verbunden sind.

Mein Interesse an der Reform des gewerblichen Rechtsschutzes habe ich in zahlreichen Reden zum Justizetat dargetan. Ich brauche daher nicht zu betonen, daß ich der allgemeinen Revision der Gesetze des gewerblichen Rechtsschutzes, die in Verbindung mit den Arbeiten zur Inkraftsetzung der Haager Abkommen von 1925 stattfinden wird, meine besondere Aufmerksamkeit widmen werde.

Die zur Durchführung des Aufwertungsgesetzes erforderlichen Verordnungen sind zum größten Teil erlassen. Außer einer Verordnung, welche die Durchführung der Aufwertung von Obligationen öffentlich rechtlicher Körperschaften als Unternehmer wirtschaftlicher Betriebe regeln soll, steht im wesentlichen nur noch die abschließende Regelung der Durchführung der Pfandbriefaufwertung aus. Die entsprechende Verordnung, die die Ausgabe von Goldpfandbriefen im Rahmen der Pfandbriefaufwertung sowie die Mobilisierung von Aufwertungshypotheken durch die Ausbändigung von Goldpfandbriefen sicherstellen soll, wird, wie ich hoffe, in Kürze erlassen werden.

Reichsbannertagung.

Am Sonntag fand in Magdeburg eine Reichskonferenz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Außer dem gesamten Bundesvorstand nahmen Vertreter der 32 Gaue sowie Beauftragte der Parteivorstände des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten teil. Gegenstand der Beratungen war neben inneren, organisatorischen Fragen das Ausmaß der Bewaffnung der „verfassungsfeindlichen" Verbände. Nach ausgiebiger Aussprache stellte der Vorsitzende als Auffassung der Konferenz fest: 1. der Vorstand wird beauftragt, die Reichsregierung um nochmalige Prüfung der Frage zu bitten, ob die geltenden Bestimmungen über Waffen und Waffenbesitz genügen, um den inneren Frieden zu sichern, 2. eine Bewaffnung des Reichsbanners wird als verfassungswidrig nach wie vor abgelehnt, 3. Kameraden, die Kleinkaliberschießsport betreiben, haben darauf zu achten, daß dies im Rahmen der gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften geschieht und die Richtlinien der obersten Sportbehörde für Kleinkaliberschießsport innegehalten werden.

*

— Wir nehmen an, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit „verfassungsfeindlichen Verbänden" den Roitzontkämpferbund meint. Denn sonstige „bewaffnete", „verfassungsfeindliche" Verbände von irgendwelcher auch nur erwähnenswerten Bedeutung existieren gar nicht. Interessant ist übrigens als Belag dafür, daß die Linke ernsthaft weiter ihre Vorbereitungen für eine Linksdiktatur trifft, daß laut dem offiziellen Organ der Sozialdemokratie, dem „Vorwärts", der eigentliche Gegenstand der Reichsbannertagung war,

die Ausrüstung des gesamten Reichsbanners mit Kleinkalibergewehren

vorzubereiten. Wenn diesmal — vermutlich, um nicht zum Bruch mit Zentrum und Demokraten zu kommen— diese Bewaffnung abgelehnt worden ist, so ist das noch keine Gewähr für die Zukunft, und jedenfalls kennt man nun die geheimen Wünsche der Leute vom „Vorwärts".

Die Reichspartei des Mittelstandes.

„Görlitzer Richtlinien".

Auf dem Görlitzer Parteitaa der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) fand das neue Parteiprogramm unter dem Namen „Görlitzer Richtlinien" Annahme.

Danach will die Partei eine politische Vertretung sowohl des gewerblichen wie des geistigen Mittelstandes auf berufsständischer Grundlage sein. Sie lehnt die sozialistischen Bestrebungen ebenso entschieden ab, wie sie die Auswüchse des Kapitalismus bekämpft, stellt sich auf den Boden der zurzeit bestehenden Verfassung, deren Reform mit dem Ziel der Sicherstellung der staatsbürgerlichen Grundsätze sie fordert und verlangt Abkehr von der Parteiwirtschaft und Schaffung einer im wesentlichen aus Fachministern bestehenden Regierung.

In der Flaggenfrage tritt die Partei für die verfassungsmäßige Handelsflagge als Reichsflagge ein. Sie fordert ferner Schutz der Persönlichkeit, des Privateigentums und der Privatwirtschaft. Der Ausbau der auf dem Parteitag vollzogenen

Vereinigung mit den deutschen Mittelstandsparteien in Deutschösterreich und Deutschböhmen

bildet eine Hauptaufgabe. — Ferner wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Entgegen den selbstverständlichen Voraussetzungen des Locarnoabkommens halten unsere früheren Feinde noch immer große Teile des deutschen Rheinlandes besetzt. Damit der Friede zwischen Nachbarvölkern hergestellt und die schwere Not der Wirtschaft der Westprovinzen gemindert werde, werden Reichs- und Staatsregierung aufgefordert, alle Schritte zu unternehmen, um diesem eines Kulturvolkes unwürdigen Zustand endlich ein Ende zu machen, ohne daß dafür irgendwelche wirtschaftlichen Zugeständnisse von deutscher Seite gewährt werden dürften.

*

Der Parteitag beschloß die Absendung folgenden Telegramms an den Reichsfinanzminister: „Der Parteitag der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes stellt mit Entrüstung fest, daß die Senkung der Steuern durch das Verhalten der Finanzämter zunichte gemacht ist, welche willkürlich Umsatz und Einkommen höher schätzen, als sie tatsächlich sind. Der deutsche Mittelstand fordert demgegenüber mit allem Nachdruck die Anerkennung seiner Buchführung als Unterlage für die Besteuerung und fordert ein Einschreiten gegen das Gebaren der Finanzämter."

Keine Parlamentsreform.

Die unter dem früheren Reichsinnenministerium begonnene Wahlreform, die den erheblichen Abbau der Zahl der Herren Volksvertreter vorsah, ist unter dem Innenministerium Külz ins Stocken geraten. Eine Information aus linksparlamentarischer Quelle will sogar wissen, daß vorläufig keine Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten mehr in Frage kommt. Auch die Frage, den Abgeordneten statt der Freifahrten für die erste Luxusklasse nur Freifahrten für die wesentlich billigere dritte Klasse einzuräumen, werde nicht mehr ventiliert. Jedenfalls ist festzustellen, daß dem Reichstabinett zurzeit keine Wahlvorlage als Gesetzantrag vorliegt.

Vom Leben unserer Muttersprache.

Von Arthur Witte-München.

Nicht wenige Menschen halten unsere deutsche Sprache für tot. Sie glauben, die Sprache sei ein Werkzeug, ein Werkzeug des Gedankenaustausches, das sich nicht ändere, nur abnutze.

Gewiß! Unsere Sprache wird, wie alle anderen, durch den Gebrauch einfacher, und wer die englische Sprache kennt, weiß, um wie viel einfacher sie durch den größeren Gebrauch bereits geworden ist, als die deutsche Sprache, mit der sie vor wenig mehr als tausend Jahren auf einer Stufe stand. Dennoch ist die Sprache kein toter Gebrauchsgegenstand, sondern ein lebendes Wesen, das eine ganz erstaunliche Entwicklung im Laufe der Zeit durchmachte.

Ihrer Veränderungen sind viele. Teils erstreben sie sich auf die Sprache als Ganzes, teils auf ihre eigenen Wörter. Bei diesen wiederum sind sie zweierlei Art: äußerer und innerer.

Mit Wehmut gedenkt der Liebhaber einer schönen, klangvollen, d. h. vokalreichen Sprache der Zeit vor tausend Jahren, da man noch „manisco" sagte, wo es heute „Mensch" lautet, da die tonlose „Ebene" noch „ebanoti" hieß, und da das schauderhafte „du rettetest" noch „du rattost" klang.

„Das Althochdeutsch mag ich, das hat noch Kraft,
Und Leben und Mark und flüssigen Saft"

sagt Vischer. Und in der Tat: als die blühende Jungfrau steht unsere althochdeutsche Sprache da, und mit heimlichem Neide schaut das studentische, stiftierbehängte Bureaufräulein, das Neuhochdeutsche, auf sie herab.

Woran liegt es, daß unsere Sprache ihre alte Klangfülle verlor? Wie kommt es, daß das Italienische, Spanische und alle anderen romanischen Sprachen im Gegensatz zu den germanischen ihren alten Vokalreichtum bewahrten? — Es haben da viele Ursachen gewirkt, die gefährlichste aber war die, daß wir Germanen infolge unserer Eigenart alle Wörter auf der ersten Silbe zu betonen begannen, während die Romanen an der freien Betonung der Ursprache, die bald diese, bald jene Silbe betonte, festhielten. Wenn man in „ebanoti" statt des „o" das „e" zu betonen anfängt, dann dauert es nicht allzulange mehr, und das klangvolle Wort ist zum klanglosen „Ebene" geworden.

Die einzelnen Wörter einer Sprache haben sich aber nicht nur ihrer Form, sondern auch ihrem Sinne nach verändert, und das ist eine Veränderung, deren Kenntnis nicht ohne Nutzen für den Gebrauch unserer heutigen Sprache ist. Einige Beispiele mögen das zeigen.

Es ist im allgemeinen Regel, daß das grammatische Geschlecht eines Wortes mit dem natürlichen des Wesens übereinstimme, das es bezeichnet. In keiner Sprache heißt es etwa „die" Mann oder „der" Kind; logischerweise müßte es also auch „die" Weib heißen. Dennoch sagen wir „das" Weib. Woher kommt das? — Daher, daß „Weib" ursprünglich nicht eine Frau, sondern einen Zustand, also etwas Sächliches, bezeichnete, nämlich den Zustand der Besessenheit, des Verzücktseins, in den die heidnischen Priester des Urvolkes, dem die europäischen Völker entstammen, durch ihre blutigen Opfer gerieten. Da nun die Germanen die Frau als ein höheres Wesen verehrten, lag es für sie nahe, die Bezeichnung dieses heiligen Zustandes auf die Frau zu übertragen und diese fortan „das Begeisterte" und dann „das Begeisternde" zu nennen. — Nicht wahr, nun versteht man, weshalb die Dichter, wenn sie von Frauen sprechen, sich gerne dieses edlen Wortes bedienen, und nur die Unkenntnis seiner Grundbedeutung ist schuld, daß man heute unsinnigerweise von einem „bösen" oder „häßlichen" Weibe spricht.

Aehnlich verhaßt ist die Bedeutung des Wortes „unken". Es heißt ursprünglich „sich irgendwo erfreuen". Vielleicht nimmt mancher, dieser Grunddeutung nachsinnend, einmal Gelegenheit, festzustellen, ob er überhaupt irgendwo „wohnt".

„Frohlocken" ist auf den ersten Blick völlig unverständlich, denn unmöglich kann es mit „locken" zu tun haben. Wer aber weiß, daß „locken" ursprünglich „klopfen" bedeutet, wird unschwer die Grundbedeutung „vor Freude die Hände zusammenschlagen" erraten

„Flitterwoche" hat nichts mit Flittern, d. h. allerhand duftigem Kleiderputz, zu tun, sondern „flittern" heißt „liebkosen". Wir erwähnen das nur, um moderne Hochzeitsteilnehmer einem Irrtum mehr und mehr getrieben Aufwand ab- und ihren eigentlichen Aufgaben wieder zuzuwenden.

Ein Wort, das wir gar nicht mehr verstehen, obwohl das Wesen, das es bezeichnet, infolge zunehmender Ehebindernisse und wachsender Bequemlichkeitsliebe immer häufiger wird, ist der „Hagestolz". Im Mittelhochdeutschen sagte man noch „der Hagestalt" und meinte damit einen jungen, unverheirateten Menschen, der in den „Hag" — ein eingehegtes Grundstück — „gestellt" war, d. h. es abhängig vom Herrenhofe verwaltete. Als man diese Grundbedeutung des „Hagestalt" nicht mehr kannte, machte man im Hinblick auf das Benehmen vieler solcher Leute aus dem „alten Hagestalt" ein „Stolz".

Dieses letzte Beispiel deutet auf etwas hin, was man „Volksetymologie" nennt, d. h. das Bestreben des Volkes, Ausdrücke, die es nicht mehr versteht, sich zu erklären und seine Erklärung durch Umwandlung des betreffenden Wortes auszudrücken.

Ein ganz bezeichnendes Beispiel hierfür ist das Wort „Wachler". Nirgends, wo man dieses Bier heute anpreist, fehlen die bunten Bilder mit einem ganz oder zwei wohlbehaarten Böcken. Und doch hat das Bier wie das Wort mit dem Ziegenbock nichts zu tun. Vielmehr hat die durch ihr nährkräftiges Bier berühmt gewesene Stadt Eimbeck dieser Biersorte ihren Namen gegeben: aus Eimbeck wurde Eimbock, woraus sich zwanglos „ein Bock" entwickelte, zumal im Französischen „un boc" ein Glas Bier bedeutet.

Aehnlich wie diesen Einzelwörtern erging es ganzen Redensarten, die im Laufe der Zeit unverständlich geworden waren:

„Jemanden den Rank ablaufen; dabei konnte man sich nichts mehr denken, nachdem man vergessen hatte, daß „Rank" „Biegung, Krümmung" bedeutet, und daß die Redensart besagen wollte: wer einem anderen die Krümmung des Weges abläuft, kommt eher zum Ziele. So verbesserte man: „jemandem den Rang ablaufen", denn dabei konnte man sich etwas vorstellen. — Wer sieht nicht, daß hinter diesem einfachen Beispiele eine ganze Kulturentwicklung steckt, daß die Zeit des Messens körperlicher Gewandtheit, des Wettlaufs im Freien, abgelöst ist durch eine Zeit geistigen Wettbewerbs, wo es auf den „Rang" und nicht auf den „Rank" ankommt?

Es mag mit diesen wenigen Beispielen genug sein. Sie sollten den Uneingeweihten zeigen, daß unsere Sprache in ständiger Entwicklung war. Daß sie es noch heute ist, davon mag ihn die Beobachtung seiner Mundart überzeugen.

Festessen zu Ehren Bernard Shaws im engl. Unterhaus. Gestern abend fand im Unterhause zu London zu Ehren des 70jährigen Shaw ein Festessen statt, bei dem Macdonald den Vorsitz führte.

Hochschulnachrichten.

Berlin. Wie wir hören, ist der ordentliche Professor der Geographie an der Berliner Universität Geh. Regierungsrat Dr. Albrecht Penck zum 1. Oktober 1926 von den amtlichen Verpflichtungen entbunden worden.

Dem Privatdozenten für neutestamentliche Theologie Lic. theol. Wilhelm Michaelis ist ein Lehrauftrag für Septuaginta-Forschung erteilt worden.

Bern. Zum Rektor der Universität Bern ist für das Hochschuljahr 1926/27 der Professor für deutsche Sprache und Literatur Dr. phil. Harry Maync gewählt worden.

Prof Dr. Otto Madelung †. In Göttingen ist am 22. Juli der frühere ordentliche Professor und Direktor der chirurgischen Klinik der Universität Straßburg, Geh. Medizinalrat Dr. med. Otto Madelung im Alter von 81 Jahren gestorben.

Professor Friedrich Wieser †. Der ehemalige Handelsminister und Universitätsprofessor Friedrich Wieser, einer der hervorragendsten Nationalökonomen der Universität Wien, ist im Alter von 75 Jahren gestorben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260728018/fragment/page=0002